

Statement Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Dr. Knut Diekmann, zur Abschlußtagung der ANKOM-Initiative, am 06&07.12.2007

„Wege der Beförderung von Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“

Aus Sicht des DIHK handelt es sich um ein perspektivisch wichtiges Thema. Denn die neue Arbeitswelt verlangt eine erhöhte Durchlässigkeit der Bildungswege, da die Erwerbsbiografien völlig neue Muster einnehmen. Weiter kann sich Deutschland die Dualität zweier Bildungssäulen ohne Brückenschläge zwischen ihnen nicht leisten. Und schließlich kommt aufgrund der Alterung der Belegschaften auf die deutsche Erwerbsbevölkerung ein Engpass an Arbeitskräften hinzu, wodurch eine Wiederaufnahme von Qualifikationswegen in der zweiten Hälfte der Erwerbsbiografie häufiger erforderlich wird.

Das spezielle Problemfeld der Durchlässigkeit zwischen beruflicher Fortbildung und hochschulischer Bildung ist von besonderer Bedeutung. Jedoch wird nach den vorhersehbaren Zahlen eine zu große Grundmenge als Maßstab angelegt. So handelt es sich hochgerechnet nach derzeitigen Größen um rund jährlich etwa 10.000 Personen, die eine weitere Qualifizierung auf Hochschulebene in Betracht ziehen. Das geht aus der Verbleibsforschung des DIHK unter den eigenen IHK-Prüfungsabsolventen hervor.

Die Motive der Fortbildungsabsolventen, eine weitere Qualifizierung auf Hochschulebene aufzunehmen, liegen zunächst darin begründet, dass es nur wenig Angebote gibt, die ähnliches Spezialwissen und Status verleihen könnten. Gerade auf dem freien Weiterbildungsmarkt sind solche Höherqualifizierungen derzeit rar gesät. Ebenso ist die Attraktivität der Abschlüsse nicht zu unterschätzen, die Fortbildungsabsolventen anzieht. Schließlich gibt es noch immer in der internationalen Wirtschaftswelt Erscheinungen, die Hochschulabsolventen bevorteilen, wie die Vorbedingungen für die Teilnahme an Ausschreibungen oder die Glaubwürdigkeit in Wirtschaftsverhandlungen via Titel. Das gilt vor allem für den deutschen Mittelstand.

Die Einschätzung der ANKOM-Initiative lässt sich auf unterschiedliche Aussagen verdichten:

1. Zugang ermöglichen und Zulassung optimieren

Absolventen der beruflichen Bildung sollten den Zugang zum Hochschulstudium erhalten. Dies hat auch die Koalitionsvereinbarung als Ziel definiert: „Die Vereinbarung sieht eine Verzahnung der in Deutschland traditionell abgeschotteten Bildungsbereiche vor. Absolventen der beruflichen Ausbildung sollen einen generellen Zugang zum Hochschulstudium erhalten.“ Eine baldige Umsetzung wäre wünschenswert. Nach der Föderalismus-Reform 1 sollten weder Bund noch Länder die Verantwortung scheuen, und gemeinsam Verhandlungen aufnehmen.

Der Zugang gilt für Absolventen der beruflichen Erstausbildung genauso wie für die Absolventen von beruflichen Fortbildungsprüfungen. Ihr gemeinsames Problem ist, dass

eine Minderheit unter ihnen eine Hochschulzugangsberechtigung aufweist. So verfügen unter den Absolventen einer beruflichen Erstausbildung etwa 20 % über eine Hochschulzugangsberechtigung, unter den Absolventen einer beruflichen Fortbildungsprüfung (bei der IHK als zuständiger Stelle) zu 40 %.

Die Zulassung sollte zukünftig ein besonderes Matching zwischen Eignung des Bewerbers und Profil der Hochschule ermöglichen. Gerade die typisch deutsche Fixierung auf den Schulabschluss sollte eher den Kandidaten ins Zentrum rücken.

Dabei stellen sich schnell weitere Fragen der Operationalisierung, über die ein Konsens herbeigeführt werden sollte, wie:

- Wie müssen Auswahlverfahren aussehen?
- Wie kann eine angemessene Auswahl der Absolventen erfolgen?
- Wie lässt sich garantieren, dass die Erfolgreichen auch wirklich einen Studienerfolg meistern?
- Wie verhindert man eine Zulassungsindustrie?

Weitere Forschungserfahrungen sind dafür erforderlich.

2. Anrechnungen schaffen und Verkürzungen ermöglichen

Die Anrechnung von berufspraktischen Erfahrungen wie von Qualifikationen sollte stärker vorangetrieben werden – und das aus mehreren Gründen:

- Es kann nicht sein, dass die gleichen Bildungsinhalte mehrmals vermittelt werden. Dies wäre weder aus volkswirtschaftlicher noch aus lernpsychologischer Sicht zu verantworten.
- Informell erworbene Kompetenzen, vor allem aus den Bereichen sozialer und methodischer Kompetenz wie allgemeine Kenntnisse aus der Wirtschaft- und Arbeitswelt sollten Anerkennung finden – das Kriterium der Berufsqualifizierung in den grundständigen Studiengängen sollte so abgedeckt werden.
- Gleichzeitig sollte aber auch die Anerkennung für Neuaufnahmen von Qualifizierungswegen in der zweiten Hälfte der Erwerbsbiografie genutzt werden können.

Die Anrechnung bzw. Anerkennung von informell erworbenen Lernleistungen wurde im Rahmen der ANKOM-Initiative nur auf Basis von qualitativen und individualisierten Verfahren erprobt. Hier sollte die alternative Richtung einer automatisierten und standardisierten Anrechnung ebenso erprobt werden. Darüber hinaus ist auch überlegenswert, ob langjährige Erfahrungen in der Berufs- und Arbeitswelt nicht zu einer generellen Verkürzung von Studienzeitanforderungen an sich führen sollten.

Anrechnung sollte – im Dienste der Transparenz und Verlässlichkeit – automatisiert erfolgen, ohne eine individuelle Prüfung vornehmen zu müssen. Also sollten Qualifizierungsinhalte en bloc und standardisiert angerechnet werden. Das setzt - allerdings auch mehrere Vorleistungen voraus:

- a. eine Einigung der Akteure auf Themen-übergreifende und –spezifische Kriterien der Anrechnung, wie beispielsweise auf vergleichbare Kriterien für den Vergleich der Kompetenzen,

- b. eine bloße Deckungsgleichheit der Curricula zu definieren, würde bedeuten, dass nur einseitig auf Fachkenntnisse geblickt wird,
- c. eine Einigung auf Verfahren der Ausarbeitung unter Teilnahme von Vertretern der Wirtschaft – grundsätzlich sollte dabei auch diskutiert werden, ob nicht das französische Modell der Validierung, d.h. die nachträgliche Vergabe von Hochschulabschlüssen unter Nachweis von glaubwürdigen Dokumenten, ermöglicht werden kann,
- d. die Vermeidung von bürokratischen Monstern und die Schaffung von handhabbaren und praktischen Modelle,
- e. und schließlich die Gefahr einer Verwissenschaftlichung zu bannen.

3. berufsbegleitende und weiterführende Studiengänge entwickeln

Für die Weiterbildung auf Hochschuleniveau sollte man grundsätzlich überlegen, ob grundständige Studiengänge überhaupt für den dritten Bildungsweg geeignet sind, also die Aufnahme des Hochschulstudiums durch Absolventen einer Fortbildungsprüfung. Denn der Prototyp ist Vollzeitbeschäftigter, meist vor einem Karrieresprung und somit auch bei der Arbeit gefordert, meist unter 40 Jahren und hat eine junge Familie.

Als Alternative bieten sich dem Absolventen von Fortbildungsprüfungen vor allem Angebote auf dem freien Weiterbildungsmarkt. Um aber einen Studiengang aufnehmen bzw. in einen einsteigen zu können, sollten alternative Angebotsformen entwickelt werden.

- berufsbegleitende grundständige Studiengänge; unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Vorerfahrung
- Entwicklung von weiterführenden, auch Master-Studiengängen für diese Zielgruppe (nach dem Modell in Rheinland-Pfalz)

4. doppelqualifizierende Angeboten nutzen

Gerade Betriebe schätzen jegliche Form doppelqualifizierender Angebote aus beruflicher und hochschulischer Bildung, wegen Bindung der Studenten an Unternehmen und der Verkürzung von Bildungszeiten.

Die Zahl von rund 700 dualen Studiengängen belegt die Attraktivität der Ausbildungs- und Weiterbildungsform. Insgesamt sind darin 45.000 Studierende eingeschrieben, und rund 22.000 Kooperationsbetriebe stützen die Modelle.

Doppel-qualifizierende Angebote sollten daher weiter experimentiert werden. Gleichzeitig sollte darauf geachtet werden, auch Betriebs-spezifische Belange stärker zu repräsentieren.

5. gegenseitiges Misstrauen abbauen

Es ist erforderlich, dass Berührungspunkte zwischen Akteuren der beruflichen Bildung und des Hochschulsektors abgebaut werden. Gerade die ANKOM-Projekte zeigen, dass gegenseitige Vorbehalte die Zusammenarbeit überlagern und hemmen. Das bezieht sich auf die verschiedenen Bildungsverständnisse, auf die Einschätzung der Wertigkeit

der jeweiligen Bildungssäule, auf die jeweiligen Kenntnisse des Partners, usw. Helfen kann hier nur, den Dialog zu vertiefen und Informationen auszutauschen.

Die EU-Kommission hat in ihren Verlautbarungen zum EQF die Begrifflichkeit des „mutual trust“ eingeführt. Er bezeichnet ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis. [“A principal function of the EQF is to strengthen mutual trust and co-operation between the different stakeholders involved in lifelong learning.” (S. 8. 27.05.2005)]. Allerdings darf man sich bei der Verbindung zwischen unterschiedlichen Stufen in der EQF-Struktur nicht der Illusion hingeben, ein Verständnis würde sich zwangsläufig ergeben, quasi als ein „deus ex machina“ greifen.

Gegenseitiges Vertrauen bildet sich auch dann aus, wenn gemeinsame Projekte durchgeführt werden. Gerade durch den Dialog über Bedarfe der Wirtschaft und daraus entstehende konkrete Kooperationen zwischen Wirtschaft und Hochschule könnte das Vertrauen ausgebaut werden.

Es muss darauf hingearbeitet werden, Vertrauen zu schaffen, ohne große Bürokratien wie gegenseitige Vereinbarungen erforderlich zu machen. Die Idee der EU-Kommission, zwischen den EQF-Stufen schriftliche Vereinbarungen zur Schaffung eines Vertrauens zu fordern, scheint kein erfolversprechender Weg zu sein.

6. auf Bedürfnisse der Wirtschaft achten

Es darf nicht sein, dass nur die Logik von Bildungsinfrastrukturen im Vordergrund steht. Das Endziel darf nicht aus den Augen gelassen werden, dass vor allem der Mittelstand darauf angewiesen ist, Fortbildungsabsolventen auf hohem Niveau weiterzubilden. Denn gerade in mittelständischen Unternehmen arbeiten Personen, die ihre Qualifizierung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung durchlaufen haben.

Daraus ergibt sich erstens die Notwendigkeit von praktikablen und einfachen Anrechnungsverfahren. Zweitens ist Transparenz notwendig, wo Übergänge ermöglicht werden. Es darf nicht die Situation entstehen, dass ein Fortbildungs-Absolvent mit x-unterschiedlichen Anrechnungsmodalitäten und –möglichkeiten konfrontiert wird - und dann auch noch teuer dafür bezahlen muss. Das wäre für eine weitere Qualifizierung und die Erhöhung der Durchlässigkeit eher kontraproduktiv.

Finden die Bedürfnisse der Wirtschaft keine Beachtung, steht zu befürchten, dass sich aus den beiden Bildungssäulen weitere Turmbildungen hervorgehen und weiterhin separiert bleiben – trotz intelligenter Anrechnungsverfahren.

7. eigene Leistungen zu Anrechnungen anpassen

Die Organisation der Industrie- und Handelskammern unterstützt das Ziel der Anrechnung. Daher arbeitet sie auch selbst an weiteren Überlegungen, um dem Ziel der Durchlässigkeit näher zu kommen, wie:

- der noch eindeutigeren Kompetenzbasierung der eigenen Fortbildungsvorschriften,

- der Herstellung einer reziproken Durchlässigkeit, von der Hochschule zu einer Fortbildungsprüfung – wobei hierunter nicht nur Studienabbrecher zu fassen sind,
- dem grundsätzlichen Angebot einer Mitarbeit bei einer stärkeren Ausrichtung von Studienangeboten auf mehr Berufsqualifizierung, berufliche Handlungskompetenz und Bedarfsdeckung der Wirtschaft,
- Vorüberlegungen zu Auswahlverfahren der Hochschulen,
- der Multiplikation von best practices, usw.